

AKTENZEICHEN
P.B.Nr. 5.

WIEN, I., SEILERSTÄTTE 3

den 20. Januar 1938.

Vertraulich.



Hochgeachteter Herr Bundesrat,

Im Nachstehenden beehre ich mich, Ihnen über eine gestrige Unterredung mit Staatssekretär Dr. Guido Schmidt, betreffend die kürzliche Budapester Zusammenkunft von Vertretern der Signatarstaaten der Römischen Protokolle, einige Angaben zu machen.

Ich darf vorausschicken, dass nach der Rückkehr von Budapest sowohl Bundeskanzler von Schuschnigg als auch sein Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, mit denen ich in den letzten Tagen gesellschaftlich mehrfach zusammentraf, einen höchst zufriedenen Eindruck gemacht haben. Der Schlüssel für dieses Gefühl freudiger Erleichterung ist wohl der Umstand, dass die Befürchtungen, mit denen die beiden Staatsmänner in die ungarische Hauptstadt führen, sich nicht bewahrheitet haben. Diese Furcht bestand darin, in Budapest vom italienischen Aussenminister, Grafen Ciano, gewissermassen in die Zange der Achse Berlin-Rom genommen zu werden. Dass dies nicht der Fall gewesen ist, hat die österreichischen Delegierten an der Budapester Tagung innerlich sehr gestärkt und auch ihrer Politik einen be-

Herrn Bundesrat G. M o t t a ,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes,



schwungenen Auftrieb verliehen. Staatssekretär Dr. Guido Schmidt hat mir übrigens versichert, aus den Erklärungen seines italienischen Partners in Budapest sei deutlich hervorgegangen, dass Mussolini der Unabhängigkeit Oesterreichs nach wie vor ein primordiales Interesse beimisst. Das Ergebnis der Konferenz ist aus diesem Gesichtswinkel heraus zu betrachten.

Für die österreichischen Teilnehmer an der Budapester Tagung war es nach dem Abschluss des italienisch-deutsch-japanischen Anti-Komintern-Paktes, nach dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund, nach dem Besuche Mussolinis in Deutschland und demjenigen des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch in Rom wichtig, festzustellen, ob die Römischen Protokolle überhaupt noch Lebenskraft besitzen. Staatssekretär Dr. Guido Schmidt erklärt nunmehr, die Konferenz sei eine unmissdeutbare Betonung der Lebendigkeit und der Wichtigkeit der Römischen Protokolle gewesen. Was die Eigenstaatlichkeit Oesterreichs und was die souveräne Gestaltung der österreichischen Innenpolitik anbelange, sei die Einstellung Italiens gegenüber der ersten Konferenz der Protokollstaaten in Wien und der letztjährigen Konferenz in Venedig entschieden positiver geworden. Guido Schmidt erinnerte mich an den zur Zeit der Venediger Zusammenkunft erschienenen Artikel des Chefredaktors des "Giornale d'Italia", Gayda, in dem der österreichischen Regierung die Aufnahme von Nationalsozialisten in das Kabinett nahegelegt wurde. In Budapest sei der Ton ein ganz anderer gewesen, und eine Erörterung der innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich habe diesmal überhaupt nicht stattgefunden. Dies geht übrigens schon aus dem Schlusscommuniqué hervor, in dem gesagt wird, die Vertreter Oesterreichs hätten ihre Politik dargelegt, die sich auf den Einklang der Grundsätze der Römischen Protokolle und des österreichisch-deutschen Abkommens vom

11. Juli 1936 gründe. Die Vertreter Italiens und Ungarns hätten ihrerseits die volle Befriedigung mit dieser Politik ausgedrückt. Graf Ciano habe sogar versichert, so fuhr Guido Schmidt fort, die Unabhängigkeit Oesterreichs sei und bleibe ein Axiom der italienischen Politik.

Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass es Oesterreich in Budapest nicht gelungen ist, sich von Italien eine schriftliche Garantie dieser Unabhängigkeit ausfolgen zu lassen. Diese Zurückhaltung erklärt sich offenbar aus Rücksicht auf den nördlichen Achsenpartner. Immerhin bedeutet die Art und Weise, in der im obenerwähnten Schlusscommuniqué die österreichische Politik die Billigung der übrigen Signatarstaaten der Römischen Protokolle fand, insofern einen Erfolg von Bundeskanzler von Schuschnigg, als er diese Erklärung erreichte, ohne ein eigentliches Einschwenken in die Achsenpolitik vollziehen zu müssen. Er durfte sich mit der ungarischen Vertretung damit begnügen, blosser Sympathie für die Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten Italien und Deutschland Ausdruck zu geben, die in der Achse Rom-Berlin verankert sei, und wie das Schlusscommuniqué sagt, ein neues und wichtiges Unterpfand des Friedens und des Wiederaufbaues darstelle. Statt eines Mitgehens der beiden kleinen Protokollpartner ist es hier also bei einer blossen Sympathieerklärung geblieben.

Ein gewisser Vorteil bei der Besprechung dieser Fragen mag sich übrigens für Oesterreich und Ungarn aus dem Umstand ergeben haben, dass beide Länder durch je zwei Staatsmänner, nämlich Schuschnigg und Schmidt, beziehungsweise den ungarischen Ministerpräsidenten Daranyi und den ungarischen Aussenminister Kanya vertreten waren, während Graf Ciano allein stand.

Aus der Art und Weise, wie es Staatssekretär Dr. Guido Schmidt bei unserem Gespräch peinlich vermied, auf

meine Bemerkungen über das Verhältnis Oesterreichs zur Tschechoslowakei einzugehen, glaube ich folgern zu müssen, dass Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg in Budapest vergebens versucht hat, seiner Annäherungspolitik gegenüber dem erwähnten Staate eine gewisse Sanktion verleihen zu lassen. Offenbar ist er mit diesen Versuchen gegen den zweifellos unter deutscher Inspiration operierenden italienischen Widerstand nicht aufgekommen. Dass er sich dabei auch nicht auf ungarische Hilfe stützen konnte, ist begreiflich.

Was den bereits erwähnten Anti-Komintern-Pakt anbelangt, so besteht kein Zweifel, dass vom italienischen Außenminister der Beitritt Oesterreichs und Ungarns zu dieser Vereinbarung beantragt wurde. Der diesbezügliche italienische Misserfolg ist, allerdings gedämpft, im Schlusscommuniqué erkennbar, in dem es etwas platonisch heisst, die Vertreter Oesterreichs und Ungarns hätten ihre eindeutig ablehnende Stellungnahme gegen den Kommunismus wiederholt und daher mit Sympathie den italienisch-deutsch-japanischen Anti-Komintern-Pakt begrüsst.

Um aber dem Grafen Ciano nun doch einen Erfolg und einen wirklichen Grund zur Zufriedenheit nach Hause mitzugeben, wurde durch Oesterreich und Ungarn in aller Form die Anerkennung der Regierung General Francos ausgesprochen. So äusserte sich wenigstens Dr. Guido Schmidt spontan, als wir diesen Punkt zuerst berührten. Sehr bald allerdings rückte er von seiner anfänglichen Erklärung etwas ab, um zu betonen, wie sehr für die Einstellung Oesterreichs in dieser Sache die Haltung Englands gegenüber Franco mit ausschlaggebend gewesen sei. Sichtlich versuchte der Staatssekretär den Eindruck zu vermeiden, als habe hier Oesterreich dem Drucke einer Grossmacht nachgegeben.

Es mag dahin gestellt sein, ob Italien von seinen Protokollpartnern tatsächlich den Austritt aus dem Völker-

bund verlangt hat. Jedenfalls ist auch hier ein brüsker Schritt unterblieben und Oesterreich, sowie Ungarn erklären lediglich im Schlussecommuniqué, dass die Genfer Institution nicht den Charakter einer ideologischen Gruppierung annehmen könne oder dürfe. Die Rücksicht auf England und die Berufung auf die Haltung der Schweiz sind hier unverkennbar.

Ungarn darf als positives Ergebnis die Anerkennung seiner militärischen Gleichberechtigung buchen. Darüber hinaus wird ihm, allerdings etwas vage, die Mithilfe Italiens bei der Regelung des Verhältnisses zu Rumänien versprochen. Die diesbezügliche, eher unbestimmte Fassung des Communiqués erklärt sich wohl aus dem Bestreben Italiens, Rumänien nun in seine eigene politische Konstellation einzuschalten und somit nicht zum vorneherein durch eine unliebsame Aufrollung der Frage der ungarischen Minorität zu verstimmen. Dr. Guido Schmidt versicherte mir übrigens, der italienische Aussenminister habe in Budapest mündlich erklärt, es würden zwischen der italienischen und rumänischen Regierung keinerlei politische Vereinbarungen ohne vorherige Begrüssung Ungarns getroffen werden.

Wie ich bereits eingangs erwähnte, herrscht am Ballhausplatz über das Budapester Ergebnis allseitige Zufriedenheit. Diese Zufriedenheit findet ihren konkreten Ausdruck in der neuerdings gehegten Hoffnung, dass es vielleicht doch möglich sein könne, über Rom zu einem erträglichen Zusammenleben mit Deutschland zu gelangen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, zu erwähnen, dass Staatssekretär Dr. Guido Schmidt sich in letzter Zeit wieder enger an den Bundeskanzler angeschlossen hat und dass er seines Vertrauens mehr denn je versichert zu sein scheint. Eine gewisse *capitis diminutio* Schmidts hat allerdings schon dadurch stattgefunden, dass der Bundeskanzler mit nach Budapest fuhr, um dort die Fäden seiner Politik selbst in der Hand

- 6 -

zu behalten. Aus kürzlichen persönlichen Gesprächen mit Dr. Kurt von Schuschnigg habe ich indessen nicht nur die erwähnte Zufriedenheit, sondern auch eine grosse Müdigkeit und Abgespanntheit herausgehört. Vielleicht entsprang es nicht nur einer Augenblicksstimmung, als mir der Bundeskanzler sagte, wie wohl er sich fühlen würde, wenn auch er seinen Staatsmannfrack gelegentlich in Naphtalin legen könnte. Es mag dahingestellt sein, ob dieser müde und enttäuschte Ton im Zusammenhang steht mit den in Wien notorischen und gleichzeitig viel kritisierten Beziehungen des Bundeskanzlers zu einer Dame der österreichischen Aristokratie, mit der ein Lebensbund nur nach Beseitigung grosser weltanschaulicher und sozialer Hindernisse möglich wäre.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

